

im Oktober 2016

offener Brief

Sehr geehrte Frau Ministerin Hinz,
sehr geehrter Herr Minister Al-Wazir,

die Ergebnisse der Flächenausbietung zur Errichtung von Windkraftanlagen am Rehkopf in Alheim und am Gahrenberg im Reinhardswald durch den Landesbetrieb Hessen-Forst veranlassen uns als nordhessische Genossenschaften, Ihnen unser Unverständnis über die Vergabekriterien und deren Anwendung mitzuteilen.

Breite Akzeptanz für die Energiewende ist ausdrückliches Ziel der hessischen Landesregierung. Deswegen hat die Landesregierung beschlossen, dass neben den Pachteinahmen auch die regionale Verankerung der Projekte und die Sicherung einer bürgerschaftlichen Teilhabe zu wichtigen Kriterien der Flächenvergabe gemacht werden sollen. Leider wird diese Zielsetzung mit der derzeitigen Vergabepaxis verfehlt. Der Kriterienkatalog, der 20% der zu vergebenden Punkte für Bürgerbeteiligung und regionale Verankerung vorsieht und 80% für die Höhe der Pachtgebote, wird der Bedeutung der nicht-monetären Faktoren in keiner Weise gerecht.

In vielen Stellungnahmen Ihrer Partei und auch nach unserer Auffassung kann die Energiewende nur erfolgreich sein, wenn sie bürgerschaftlich breit getragen wird und dezentral und regional aufgestellt ist.

Die enge Zusammenarbeit von Stadtwerken und Bürger Energie Genossenschaften in Nordhessen hat dazu geführt, dass hier die bisher realisierten Windparks insgesamt auf eine breite Zustimmung gestoßen sind; teilweise nach längeren und schwierigen Auseinandersetzungen mit Gegnern der WKAs im Vorfeld. Die Überzeugungsarbeit konnte nur deswegen schließlich so erfolgreich sein, weil die Mitgliedsunternehmen der Stadtwerke Union Nordhessen (SUN) in zahlreichen öffentlichen Veranstaltungen allen Einwänden mit großer Kompetenz begegnen konnten und ihr Engagement für die Region überzeugend ist. Und weil die ansässigen Bürger die Möglichkeit hatten, sich über Genossenschaften direkt an den Erzeugungsanlagen zu beteiligen und damit ihr Eintreten für den Klimaschutz mit dem Interesse an einer soliden Finanzanlage verbinden konnten.

Diese Akzeptanz wird in Frage gestellt, wenn Investoren, die nicht aus der Region

kommen und deren Interesse es auch nicht ist, sich langfristig selbst am Betrieb der WKAs zu beteiligen, hier die Möglichkeit erhalten, entsprechende Anlagen zu errichten. Noch dazu, wenn diese weder ein Konzept zur möglichen Beteiligung von Bürger Energie Genossenschaften vorlegen können noch offensichtlich Interesse daran haben diese bürgerschaftlichen Organisationen einzubinden.

Nach unserer Beobachtung werden bei der Flächenvergabe die Angaben der überregionalen Bieter nur unzureichend überprüft. Unangemessene Renditeversprechungen und Zusagen über faire Einbindung von Bürgern werden trotz bekannter notleidender Projekte dieser Investoren und Placebo-Beteiligungen für BEGs durch die Vergabestelle von Hessen Forst positiv bewertet.

Zudem ist nicht ausgeschlossen, dass die Pachtverträge in Alheim und am Gahrenberg nachverhandelt werden müssen, da die künftigen Betreiber auf Grund des Kostendrucks durch enorme Pachtverpflichtungen in den jetzt zwingend erforderlich gewordenen Ausschreibungen auf Einspeisevergütungen optieren müssen, die nicht wettbewerbsfähig sind.

Das bedeutet aber auch, dass dann die erhofften Pachtgebühren nicht realisiert werden können.

Den handelnden Akteuren in den Gremien der Genossenschaften ist bewusst, dass es sich bei der Beteiligung an Windparkgesellschaften immer um eine wirtschaftliche Betätigung mit entsprechenden Risiken handelt. Die Beteiligungsangebote der SUN-Partner haben sich als seriös recherchiert und als zuverlässige Darstellung der Chancen und Risiken erwiesen.

Die Beteiligung an Windparks jener Projektentwickler, die die Ausschreibung in Alheim und am Gahrenberg gewonnen haben, könnten wir auf Grund der „Erfolgs“bilanz, die für frühere Projekte dieser Unternehmen vorliegt, unseren Mitgliedern nicht mit gutem Gewissen empfehlen.

Das von Ihrem Haus ständig vorgebrachte Argument der haushaltsrechtlichen Vorgabe, die eine Flächenvergabe nur zum „vollen Wert“ zulasse, entbehrt der Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung.

In einer Studie hat die Universität Kassel im Sommer diesen Jahres nachgewiesen, dass die regionale Wertschöpfung, die bei einer Vergabe an regionale Unternehmen und eine Beteiligung der Kommunen und Bürger vor Ort zu verzeichnen ist, um ein Vielfaches höher ist als durch – auch exorbitante - Pachteinahmen.

In Nordhessen sind in den letzten 5 Jahren mindestens 7 BEGs entstanden. Zusammen stehen die BEGs mit ihren mehr als 3.000 Mitgliedern für eine selbstbestimmte Gestaltung der regionalen Energiewende.

Die Vergabepaxis des Landesbetriebs Hessen Forst mit der deutlichen Überbewertung überzogener Pachtversprechen wird unserer Auffassung nach dazu führen, dass kommunalwirtschaftlich organisierte Projektentwickler aus der Region keine Zuschläge mehr erhalten. Damit steht nicht nur das Engagement der kommunalen Akteure in der Region auf dem Spiel, sondern auch der erfolgreiche Weg von Tausenden Bürgern, die in ersten Projekten (z.B. Söhrewald/Niestetal, Rohrberg und Wolfhagen) erfolgreich an diesen Gesellschaften beteiligt werden konnten. Die Mitglieder unserer Genossenschaften sind aktive Multiplikatoren und Befürworter der Energiewende in der Region. Sollte sich an der Vergabepaxis von Hessen Forst nicht kurzfristig etwas ändern, dann wird unsere gute und erfolgreiche Arbeit im Bereich der Windenergieprojekte mangels zuverlässiger Partner und vertretbarer Engagements zum Erliegen kommen.

Für die selbstbestimmte dezentrale Energiewende in der Region wäre diese Entwicklung

ein Desaster. Sowohl die energiepolitischen Ziele der Landesregierung wie auch das Ziel der langfristigen Generierung von zuverlässigen Pachteinnahmen auf Flächen von Hessen Forst werden bei schwindender regionaler Akzeptanz und zunehmendem Bürgerprotest konterkariert.

Weil aktuell Hessen Forst verschiedene Flächen ausbietet und vergebene Flächen fixiert sind, bitten wir darum, kurzfristig unsere folgenden Anregungen aufzunehmen.

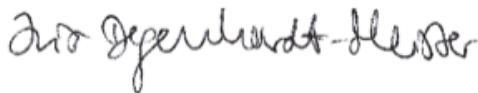
Sehr geehrte Frau Ministerin, sehr geehrter Herr Minister,
wir bitten Sie,

- die Kriterien Bürgerbeteiligung, regionale Verankerung und regionale Wertschöpfung in Zukunft wesentlich stärker zu gewichten. Dies ist unbedingt erforderlich, um weiterhin die Akzeptanz aus der Bevölkerung zu sichern wie auch die Wirtschaftsentwicklung in Nordhessen zu unterstützen.
- den Projektentwicklern eine qualitativ hochwertige Form der Bürgerbeteiligung aufzuerlegen (Umfang des Angebotes, Umfang der Öffnung für Bürger).
- vertraglich sicherzustellen, dass die Angaben zur Bürgerbeteiligung verbindlich umgesetzt werden.
- sicherzustellen dass der Projektierer auch langfristig in der gemeinsamen Gesellschaft bleibt und seine Anteile darin hält.

Mit freundlichen Grüßen



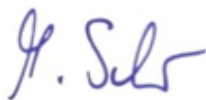
Rainer Meyfahrt, für den Vorstand der Bürger Energie Kassel & Söhre eG



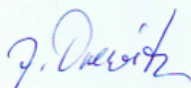
Iris Degenhardt-Meister, für den Vorstand der
BürgerEnergieGenossenschaft Wolfhagen eG



Mario Göllitz, für den Vordtand der Bürgerenergie Werra-Meißner eG



Martina Selzer, für den Vorstand der Waldhessischen Energiegenossenschaft eG



Dr. Jürgen Drewitz, für den Vorstand der DEin eG



Willi Nitsche, für den Vorstand der EnergieGenossenschaft Kaufunger Wald eG